

„Rastatter Bahnhof erinnert eher an eine Müllkippe“

FDP-Bundestagsabgeordneter Christian Jung findet beim Neujahrsempfang der Liberalen deutliche Worte

Rastatt (up) – „Der Rastatter Bahnhof erinnert eher an eine Müllkippe“ – der FDP-Bundestagsabgeordnete Christian Jung aus Bruchsal fand am Sonntag beim Neujahrsempfang der Liberalen deutliche Worte über den Zustand der „Visitenkarte der Stadt“. Bei seiner Anreise am Morgen habe er sich selbst ein Bild machen können, betonte Jung vor etwa 50 Parteifreunden im „Schwert“ und versprach, sich bei der Bahn für mehr Sauberkeit im und am Bahnhof einzusetzen. „Denn“ – so Jung weiter, „mit mehr Sauberkeit kommt auch mehr Sicherheit“.

Auch zum Thema Schienenverkehr bezog der Bundestagsabgeordnete Stellung und betonte, ein Streckenausfall wie im vergangenen Jahr, als in Niederbühl bei den Tunnel-



FDP-Neujahrsempfang mit (von links) Hermann Hartmann, Judith Skudelny und Christian Jung.

Foto: Philipp

bauarbeiten Wasser und Geröll eindringen und die Bahnstrecke wochenlang gesperrt werden musste, dürfe nicht mehr passieren. Und zum Straßenbau stellte Jung fest, dass wochenlange Bauarbeiten zur Er-

neuerung der Fahrbahn nicht nur die Autofahrer behinderten, sie seien auch eine Katastrophe für die Wertschöpfungskette.

Kritik richtete Jung an die Adresse des CDU-Bundestags-

abgeordneten Kai Whittaker. Der habe nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche über eine Jamaika-Koalition gesagt, die Liberalen seien überflüssig im Deutschen Bundestag. Jung betonte, es käme darauf an, dass demokratische Parteien zusammenhielten.

Der Rastatter FDP-Kreisvorsitzende Hermann Hartmann begrüßte dann die Generalsekretärin der Liberalen in Baden-Württemberg, Judith Skudelny. In ihrem Vortrag „Eine neue Generation Deutschland“ ging sie darauf ein, warum die Liberalen die Sondierungsgespräche abgebrochen haben. Die Union sei bei den Verhandlungen davon ausgegangen, dass die FDP auf jeden Fall in eine Koalition eintreten wollte, und habe sich daher vor allem auf eine Einigung mit

den Grünen konzentriert. Dass es Parteichef Christian Lindner aber in erster Linie um die Umsetzung politischer Vorstellungen gegangen sei, hätten die Verantwortlichen in der Union erst zu spät erkannt. Den Grünen sei man bei vielen Forderungen entgegengekommen, „uns nicht“, so Skudelny. Und als sich dann nach vier Wochen abzeichnete, „dass es nicht geht“ und ein letzter Anlauf unternommen wurde, um eine Einigung zu erreichen, „dann wurden alte bereits abgehackte Töpfe wieder aufgemacht, anstatt neue Wege zu finden“, so Skudelny. Die Kanzlerin müsse aber auch eine Minderheitsregierung in Erwägung ziehen, schließlich sei es für jeden Bürgermeister Alltag, sich wechselnde Mehrheiten zu suchen.